

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

09.03.2017

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Diese Plenarwoche war überlagert vom Umgang mit der Türkei. Es ist ein emotionales Thema, das die Menschen in Deutschland sehr bewegt. Wir wollen nicht, dass innertürkische Konflikte in unserem Land ausgetragen werden. Wir müssen jedoch einen kühlen Kopf bewahren, um eine Spirale der Eskalation zu vermeiden und Erdogan nicht in die Opferrolle hineinzutreiben, die er für seine politischen Zwecke in der Türkei braucht.

Politisch klug ist es, zu unseren Werten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die uns in Deutschland stark machen, zu stehen. Deshalb macht es keinen Sinn, ein generelles Versammlungsverbot mit Auftritten türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland zu verhängen, solange Recht und Gesetz eingehalten werden und solange im Voraus klar ist, wer zu einer Veranstaltung als Redner kommt. Wer aber in unserem Land bei Veranstaltungen uns als faschistisch beschimpft, der ist hier unerwünscht.

Das deutschen Beziehungen zur Türkei haben nichts mit Erpressbarkeit zu tun, wie vielfach zu lesen ist. Denn das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei ist auch in türkischem Interesse, weil mehrere Milliarden Euro für die Versorgung der in der Türkei lebenden Flüchtlinge fließen. Die Türkei hat erhebliche wirtschaftliche Probleme, weshalb sie auf die Zusammenarbeit mit der EU angewiesen ist. Daher sollten wir dieses Gerede von der angeblichen Erpressbarkeit der Bundesregierung nicht verwirren lassen. Es wird vom Wiederholen nicht richtiger.

Wir sollten bei all dem nicht vergessen: Die Türkei ist nicht gleich Präsident Erdogan. Es gibt viele menschliche Bindungen und Freundschaften

zwischen Deutschen und Türken, es gibt viele Bürger mit türkischen Wurzeln in Deutschland. Uns ist an einem guten Verhältnis mit ihnen und an einem inneren Frieden in unserem Land gelegen.

Neben der Türkei Thematik bringt sich in dieser Woche die SPD für den Bundestagswahlkampf mit der Behauptung, die Union habe die innere Sicherheit in Deutschland riskiert, in Stellung. Allerdings sind vier von fünf unsicheren Bundesländer von der SPD geführt. In NRW kann man kaum noch von „Sicherheitslage“ sprechen, wenn man die Probleme bei der inneren Sicherheit betrachtet: Hooligan-Krawalle und Silvesternacht in Köln, die meisten Einbrüche und schlechte Aufklärungsquote hat die SPD dort zu verantworten.

Wir treten damit an, die Bürgerinnen und Bürger mit unseren Ideen für Deutschland 2025 zu gewinnen. Wir schauen nach vorne, wir ruhen uns auf unseren Erfolgen der letzten Jahre nicht aus. Wir treten für eine starke Wirtschaft auch im Zeitalter der Digitalisierung ein. Wir wollen erst das Geld erwirtschaften und es dann den Schwachen in unserer Gesellschaft zugutekommen zu lassen und nicht umgekehrt wie die SPD. Mit erfolgreichem Wirtschaften sorgen wir für die Grundlage einer sicheren Rente und eines guten Gesundheits- und Pflegesystems. Wir werden in die innere Sicherheit weiter massiv investieren und Deutschland mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel sicher durch international unruhige Zeiten führen. Schließlich werden wir vor allem für Familien etwas tun, um sie zu entlasten und ihren Alltag konkret zu erleichtern.

Wer gehört zur Mittelschicht?

Die Mittelschicht erodiert, lautet eine These in der aktuellen Verteilungsdiskussion. Doch so pauschal stimmt das nicht, hat das IW Köln in einer Studie herausgefunden:

Deutschland, deine Schichten

So viel Prozent der 81 Millionen Bundesbürger gehörten im Jahr 2014 dieser Einkommensschicht an

Einkommensreiche	4,0
Obere Mitte	16,0
Mitte im engen Sinn	47,8
Untere Mitte	16,4
Einkommensarme	15,9

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Zu welcher Schicht gehöre ich?

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Jahr 2014 in Euro

	Single	Paar ohne Kinder	Paar mit einem Kind	Paar mit zwei Kindern
Einkommensreiche: mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens	mehr als 4.400	mehr als 6.590	mehr als 7.910	mehr als 9.230
Obere Mitte: 150 bis 250 Prozent	2.640 bis 4.400	3.960 bis 6.590	4.750 bis 7.910	5.540 bis 9.230
Mitte im engen Sinn: 80 bis 150 Prozent	1.410 bis 2.640	2.110 bis 3.960	2.530 bis 4.750	2.950 bis 5.540
Untere Mitte: 60 bis 80 Prozent	1.050 bis 1.410	1.580 bis 2.110	1.900 bis 2.530	2.220 bis 2.950
Einkommensarme: weniger als 60 Prozent	bis 1.050	bis 1.580	bis 1.900	bis 2.220

Werte gerundet auf 10 Euro; Medianeinkommen: Eine Hälfte der Bevölkerung hat ein höheres Einkommen, die andere Hälfte ein niedrigeres. Für Singles betrug das Medianeinkommen 2014 netto 1.758 Euro im Monat; Kinder: unter 14 Jahren

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Denn knapp 48 Prozent der Bundesbürger gehören zur Mitte im engen Sinn; nimmt man die obere und untere Mitte dazu, sind es sogar 80 Prozent. (www.iwd.de)

Studie zum Arbeitsmarkt

Längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld erhöht Langzeitarbeitslosigkeit. Die Arbeitsmarktforschung zeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und der Dauer der Arbeitslosigkeit existiert. Der Arbeitsmarktexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Holger Schäfer kommt zu dem Ergebnis, dass eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, wie von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz gefordert, falsche Anreize setze und die gute Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefährde. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Zuge der Agenda 2010 merklich gebessert. Schäfer zufolge laufe eine Rücknahme der Reformen Gefahr, die erzielten Erfolge zunichte zu machen, da eine

verlängerte Bezugsdauer dazu führe, dass in Sachen Lohn die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Arbeitslosen immer weiter auseinander ginge. Großzügige soziale Leistungen gingen mit entsprechend höheren Lohnansprüchen an eine neue Beschäftigung einher. Auch eine Verschärfung der Befristungsquoten hält der Arbeitsmarktforscher für unnötig. (Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Digitalisierung im Arbeitsmarkt

Ein Großteil der Bürger in Deutschland sieht den technologischen Wandel der Arbeitswelt etwa durch fortschreitende Digitalisierung skeptisch. Dies ergab die repräsentative „Zukunftsmonitor“-Umfrage des Bundesbildungsministeriums zum Thema „Wissen schaffen - Denken und Arbeiten in der Welt von morgen“ vom Januar 2017. Wie die Umfrage ergab, fürchten acht von zehn Bürgern (81 Prozent), dass dadurch mehr Menschen beruflich abgehängt werden. Nur 16 Prozent teilen diesen Pessimismus nicht. Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten (58 Prozent) nehmen an, dass die Veränderungen Arbeitsplätze kosten - 9 Prozent vermuten, dass durch Digitalisierung und Roboter mehr Jobs geschaffen werden als verloren gehen. 84 Prozent gehen davon aus, dass durch die Digitalisierung der Unterschied zwischen hohen und niedrigen Gehältern weiter zunimmt, ist unter 1004 Befragten ermittelt worden. Zugleich können sich 73 Prozent vorstellen, dass in Zukunft die Technik hilft, Menschen mit Beeinträchtigungen besser an der Arbeitswelt teilhaben zu lassen. Fast sechs von zehn Bürgern (58 Prozent) rechnen damit, dass ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung im Jahr 2030 von zu Hause oder einem anderen Ort aus dem Job nachgeht. 80 Prozent können sich vorstellen, dass ein Großteil der Routineaufgaben dann nicht mehr von Menschen, sondern von Maschinen und Programmen erledigt wird. Beim Einfluss der Digitalisierung auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Meinungen geteilter: 52 Prozent erwarten positive Effekte, 41 Prozent eher nicht. (dpa)

Zitat

„Ein Land, dessen Repräsentanten sich so verhalten wie Erdogan, braucht sich nicht wundern, wenn der Tourismus zurückgeht. In einem solchen Land wollte ich auch nicht Urlaub machen.“ (Unions-Fraktionschef Volker Kauder am Donnerstag im Bundestag mit Blick auf den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Dpa)